Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2477

19. 01. 79

Fragen

für die Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

vom 22. Januar 1979

Seite

Buchdruckerei P. Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn 2, Postfach 200821
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel.· (02221) 363551

Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Was hat der Bundeskanzler auf das Fernschreiben des Sohns von Rudolf Hess vom 6. Januar 1979 nach Guadeloupe getan, in dem der Sohn von Rudolf Hess auf die alarmierende Verschlechterung des Gesundheitszustands seines Vaters hinwies und erklärte, daß sein Vater nur noch kurze Zeit zu leben habe?

2. Angeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Trifft es zu, wie in der „Welt am Sonntag" vom 7. Januar 1979 dargestellt wird, daß Bundesregierung, Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost den Illustrierten „Stern" und „Bunte" je rd. 250 000 DM für Anzeigen gegeben haben, den Illustrierten „Quick" und „Revue" jedoch nur rund 10 000 DM, und trifft damit die in dem erwähnten Artikel erkennbare Vermutung zu, daß die Bundesregierung Anzeigen nach dem Wohlverhalten von Presseorganen vergibt?

3. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, für das Jahr 1978 darzulegen, wie hoch die Beträge waren, die für die genannten Illustrierten für Anzeigen bezahlt wurden, und wenn nein, warum nicht?

4. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie der Spiegel (Nr. 3/79) meldet – der Bundeskanzler am Schluß der Konferenz von Guadeloupe erklärt hat, „mit Carter laufe es jetzt immer besser. Der Präsident habe viel dazugelernt und sollte die Chance einer weiteren Amtsperiode haben. Schließlich sei . . . eine zweite Amtszeit Carters das kleinere Übel: einem Neuen im Weißen Haus müsse dann wieder erst mühselig alles beigebracht werden", oder was hat der Bundeskanzler verneinendenfalls zu diesem Sachkomplex tatsächlich geäußert?

5. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß sich – wie in der Presse gemeldet – die Bundesregierung weigert, für ihre jeweiligen PR-Kampagnen die entsprechenden Kosten anzugeben, und wenn ja, ist die Bundesregierung zukünftighin bereit, der Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts Genüge zu tun, „daß Art, Umfang und Ziel der Öffentlichkeitsarbeit und die Höhe der damit verbundenen Kosten überschaubar sein müssen"?

6. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Welche PR-Kampagnen sind 1978 durchgeführt worden, und welche Haushaltsmittel wurden dafür jeweils eingesetzt?

7. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Wie sehen die entsprechenden Planungen für 1979 aus?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

8. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)	Wann wird mit dem Bau der deutschen Schule in Rom begonnen werden, und wann wird die neue Schule in Betrieb genommen werden können?
9. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)	Welchem Zweck sollen die jetzigen Schulgebäude nach Fertigstellung der neuen Schule dienen, oder soll etwa das jetzige völlig unzureichende Gebäude der Grundschule auch dann noch beibehalten werden?
10. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)	Wann soll das Gebäude für den Neubau der Schule in Saloniki, dessen Ankauf wiederholt verschoben wurde, erworben und der wegen der starken Nachfrage längst fällige Neubau der Schule begonnen und beendet werden?
11. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)	Auf welche Weise und bis wann werden die Auswirkungen des Brands der deutschen Schule in Antwerpen beendet sein, und ab wann wird der Unterricht wieder ohne Beeinträchtigung erteilt werden können?
12. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, ob es – wie in der Presse gemeldet – zutrifft, daß ein Geschenk von 5000 to Magermilchpulver der EG an Vietnam auf einem sowjetischen Frachter transportiert worden ist und die vietnamesische Presse daraufhin diese Lieferung als ein „Geschenk der Sowjetunion" dargestellt hat, und wird die Bundesregierung sich bei Zutreffen dieser Meldung darum bemühen, daß die EG durch eine entsprechende Auswahl von Frachtschiffen solche Vorkommnisse künftig verhindert?
13. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung die Äußerung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Dr. Kurt Waldheim in einem von der ARD am 4. Januar 1979 ausgestrahlten Interview bekannt, in der er auf die Frage: „Haben die beiden Korporationen in Ihrem Haus – das Plenum und der Sicherheitsrat – der SWAPO den Alleinvertretungsanspruch eingeräumt?", die Antwort gab: „Nein, durchaus nicht . . .", und wird sie in den Vereinten Nationen auf eine Klärung des Widerspruchs zwischen dieser Äußerung und den Resolutionen der Vollversammlung hinwirken?
14. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, auch die anderen Teilnehmerstaaten an der Namibia-Initiative dafür zu gewinnen, daß die SWAPO nicht länger als „alleinige und authentische Vertreterin des Volkes von Namibia (sole and authentic representative of the Namibia people)" anerkannt wird?
15. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)	Seit wann, mit welchen Mitteln und mit welchem Erfolg beteiligt sich die Bundesregierung an der Lösung des Problems betreffend die seit Jahren bekannte Flüchtlingstragödie im südostasiatischen Raum und das Dahinvegetieren von Tausenden in Flüchtlingslagern dort?
16. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)	Mit welchen Staaten in Südostasien ist bisher seitens der Bundesregierung mit welchem Erfolg über das Flüchtlingsproblem gesprochen worden, und welche Chancen ergeben sich aus diesen Erörterun-

gen, insbesondere für die rund 6 000 nach wie vor in Lebensgefahr befindlichen Flüchtlinge, die sich derzeit auf Schiffen in Häfen an der südostasiatischen Küste befinden, aber nirgends Aufnahme finden können?

17. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung in welcher Weise unternommen, um nach dem Appell der philippinischen Regierung ihr bei der Übernahme der 2 300 Flüchtlinge des Frachters Tung An, der vor Manila liegt, zu helfen, und in welchen hygienischen, gesundheitlichen und allgemeinen Zuständen befinden sich die Flüchtlinge auf diesem Schiff, das seit Mitte Dezember vollständig überladen auf Hilfe wartet?

18. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die zu erwartenden Flüchtlingszahlen in den vor uns liegenden Jahren im Raum Südostasien, vor allem aus Vietnam, und welche Schlußfolgerung zieht die Bundesregierung daraus?

19. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Welche weltweiten Verträge, Abkommen u. ä. Übereinkünfte zum Themenbereich Abrüstung/Rüstungskontrolle und -begrenzung/Nichtverbreitung von Kernwaffen u. ä. hat die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet und ratifiziert oder unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert?

20. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Auf welche Weise ist Berlin in diese ratifizierten bzw. unterzeichneten Verträge u. ä. einbezogen worden, und zwar unter Berücksichtigung der seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland geltenden Vorbehaltspraxis der Drei Westmächte betreffend den Status und die Sicherheit Berlins?

21. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Kann man es als strikte Einhaltung und volle Anwendung des Viermächteabkommens über Berlin und als eine diesbezügliche Beruhigung im Jahr 1978 bezeichnen, wenn die (amtliche) sowjetische Presse gegen die „illegale" Tätigkeit des Bundespräsidenten und gegen Vertreter anderer Bundesorgane in Berlin scharfe Angriffe richtet, wenn die „Abkommen" mit der UdSSR nicht zur Unterzeichnung kommen, weil diese nicht einmal die Frank-Falin-Klausel akzeptiert und wenn die Forderung der Sowjetunion auf besondere Kennzeichnung der West-Berliner Sportler bei der Olympiade so hart erhoben wird?

22. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wie können die deutsch-finnischen Beziehungen gepflegt werden, wenn die Meldung der „Welt" vom 13. Januar 1979 zutreffen sollte, daß der Bundesaußenminister nicht einmal die Zeit fand, den aus Bonn nach 1 1/2jähriger Tätigkeit scheidenden finnischen Botschafter Pentti Talvitie ein einziges Mal zu empfangen, was in dieser Meldung als unhöflich und kurzsichtig bezeichnet wird?

23. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesaußenminister in osteuropäischen Staaten japanische Staatsbesuche so vorbereitet, wie in der „Welt" vom 13. Januar 1979, seitens des japanischen Außenministers Sunao Sonoda in einem Interview ausgesagt wird, „Wenn ich etwa in osteuropäische Länder reise, ruft Herr Genscher schon vorher dort an und sagt, mein guter Freund Sonoda kommt, unterstützt ihn bitte", oder handelt es sich dabei möglicherweise um eine wohlwollende Übertreibung?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

24. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit zur Beseitigung der Ungleichbehandlung, die darin besteht, daß ein Dienstfahrer der Bundeswehr ein Übernachtungsgeld nach der Reisekostenstufe „A" ohne weiteren Nachweis erhält, während ein Facharbeitererprobungsfahrer im Bundesdienst nur auf Nachweis (Quittung) die gleichen Kosten ersetzt bekommt?

25. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit zur Beseitigung der Ungleichbehandlung, die darin besteht, daß ein Dienstfahrer der Bundeswehr nach der Reisekostenstufe „A" bis zu 50 v. H. des Übernachtungsgelds als Mehrausgaben geltend machen kann, während dies einem Facharbeiter im Bundesdienst nicht möglich ist?

26. Abgeordnete **Frau Renger** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Innenministerkonferenz darauf hinzuwirken, daß entsprechend dem Vorbild anderer westlicher Staaten zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Indochina im voraus eine feste Quote benannt wird, um auf diese Weise über „Blitzaktionen" wie im Falle der „Hai Hong" hinaus zu einer geordneten Verminderung der Flüchtlingszahlen in den Lagern beizutragen und dadurch die zuerst angelaufenen Länder zu bewegen, den Flüchtlingen wenigstens vorläufig Schutz zu gewähren?

27. Abgeordnete **Frau Renger** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, möglicherweise über Mittel für die Beratung und Betreuung Asylsuchender den Wohlfahrtsverbänden in der Bundesrepublik Deutschland Hilfestellung zu geben, die personelle und sachliche Betreuung von Flüchtlingen nach dem Vorbild der Aussiedlerprogramme zu verbessern und damit auch ein Einleben von Indochinaflüchtlingen zu erleichtern?

28. Abgeordnete **Frau Renger** (SPD)

Welche Gründe liegen vor, daß nach Angaben des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen von der Aufnahmequote der Bundesrepublik Deutschland für chilenische Flüchtlinge immer noch 416 Plätze frei sind?

29. Abgeordnete **Frau Renger** (SPD)

Will die Bundesregierung angesichts des dringenden Bedürfnisses, Aufnahmeländer für chilenische Flüchtlinge zu finden, verstärkt darauf hinwirken, daß die Aufnahmequote der Bundesrepublik Deutschland ausgeschöpft wird?

30. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß bei einem verheirateten Beamten mit drei Kindern ab 1. Januar 1979 das Kindergeld sich um monatlich 50 DM erhöht, der Ortszuschlag sich aber um monatlich 50,55 DM vermindert hat, bei einem verheirateten Beamten mit fünf Kindern der Kindergelderhöhung von monatlich 150 DM eine Senkung des Ortszuschlags von monatlich 121,01 DM gegenübersteht, und wird gegebenenfalls die Bundesregierung eine familienfreundliche Änderung dieser Regelung herbeiführen?

31. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)

Ist den Sicherheitsbehörden des Bundes der Inhalt des „Protokolls über die Zusammenarbeit 1979" zwischen dem tschechoslowakischen Sozialistischen Jugendverband und dem Studentenverband Spartakus bekannt, und falls ja, wie wird dieser von der Bundesregierung nach den Grundsätzen des Verfassungsschutzes beurteilt?

32. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben nach Auffassung der Bundesregierung die französische Nationalversammlung gegen Jahresende 1978 veranlaßt, die Ratifizierung des auf Regierungsebene bereits 1976 unterzeichneten Abkommens zur Minderung der Salzfracht im Rhein erneut zu verschieben, und bis zu welchem Zeitpunkt werden sich voraussichtlich die bisher bekanntgewordenen Einwendungen gegen die Ratifizierung des Abkommens zur Minderung der Salzfracht im Rhein ausräumen lassen?

33. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)

Gibt es Fälle, in denen bedingt durch die Verringerung des Ortszuschlags für Besoldungsempfänger mit drei und mehr Kindern ab 1. Januar 1979 nach Anlage 2 des Entwurfs des Siebenten Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern (BR-Drucksache 563/78) sich die Bezüge von diesem Zeitpunkt an auch unter Berücksichtigung der Zahlung des erhöhten Kindergelds nach dem Achten Gesetz zur Änderung des Bundeskindergeldgesetzes vom 14. November 1978 (BGBl. I S. 1757) verringern können?

34. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)

Wenn ja, um welche Fälle handelt es sich hierbei, und welche Verschlechterung tritt konkret ein?

35. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Ist die Absicht des Bundesinnenministers im Vollzug des „Finanzsonderprogramms 1979 bis 1982 für den Katastrophenschutz" jeweils drei der bisherigen Tanklöschfahrzeuge TLF 8 (1 : 2 Feuerwehrleute) durch ein Löschfahrzeug LF 16 (1 : 8 Feuerwehrleute) zu ersetzen, vor Einleitung der Beschaffungen mit den Bundesländern und mit dem Deutschen Feuerwehrverband abgestimmt worden?

36. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Besteht nicht die Möglichkeit, innerhalb des erwähnten Sonderprogramms zusätzlich und ohne die in Frage 35 angesprochene Umstrukturierung, die sicher ebenfalls notwendigen LF 16 zur Komplettierung von Löschzügen – Wasserversorgung (LZW) entsprechend der KatS-STAN-Nr. 012 zu verwenden?

37. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Erscheint es nicht auch der Bundesregierung als sinnvoll, Beschaffungen für den erweiterten Katastrophenschutz des Bundes so vorzunehmen, daß hierdurch gleichzeitig nach Möglichkeit auch der Einsatzwert der Hilfsorganisationen für den Einsatz und den Katastrophenschutz im Frieden gestärkt und damit der Schutz der Bevölkerung insgesamt verbessert wird?

38. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, angesicht der Gaswolke, die von einem Industriebetrieb in Burghausen ausgehend sich über große Teile Bayerns erstreckt hat, beschleunigt eine Störfallverordnung zu verabschieden, die eine mit einer deutlichen Strafandrohung versehene unmittelbare Meldepflicht von Unternehmen vorsieht, die mit gefährlichen Stoffen arbeiten?

39. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Wird nach Kenntnis der Bundesregierung die in § 7 des Waschmittelgesetzes geforderte Beschriftung der Verpackung von Wasch- und Reinigungsmitteln beachtet, und trifft dies vor allem für die Dosierungsempfehlungen bei phosphathaltigen Wasch- und Reinigungsmitteln zu?

40. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)

Erfüllen nach Kenntnis der Bundesregierung die Wasserversorgungsunternehmen die in § 8 des Waschmittelgesetzes festgelegte Verpflichtung, dem Verbraucher den Härtebereich des von ihnen abgegebenen Trinkwassers in geeigneter und zeitlich festgelegter Weise mitzuteilen?

41. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Sind auch nach Auffassung der Bundesregierung ehemalige Zeitsoldaten der Bundeswehr für eine Laufbahn als Polizeibeamte ungeeignet, wie die Gewerkschaft der Polizei erklärt hat?

42. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob – wie aus einem Bericht des Spiegel 1/79 – hervorgeht, die Zugriffsmöglichkeiten auf die bei der „Schufa" gespeicherten Daten doch einem erheblich größeren und unkontrollierbaren Personenkreis zugänglich sind, und will die Bundesregierung daraus Konsequenzen ziehen?

43. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die z. Z. in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen Schutzraumplätze auch im Vergleich zu anderen Ländern wie der Schweiz, Skandinavien und dem Ostblock völlig unzureichend sind, und hält sie zum ausreichenden Schutz der Bevölkerung die Einführung der Schutzraumbaupflicht für erforderlich?

44. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun angesichts der Tatsache, daß trotz der gesetzlichen Änderungen des Asylrechts im vergangenen Jahr die Zahl der Asylbewerber nach wie vor in hohem Maße gestiegen ist, und wie gedenkt sie den großen Zustrom von Indern und Pakistani über West-Berlin abzuwehren, die zum allergrößten Teil unter Mißbrauch des Asylrechts als Wirtschaftsflüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland strömen?

45. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages unverzüglich einen Erfahrungsbericht über die Schneekatastrophe in Schleswig-Holstein vorzulegen und dabei auch die Erfahrungen in Dänemark mit einzubeziehen unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in Dänemark ein Zivilschutzkorps tätig wurde?

46. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Trifft es zu, daß in den Dienst- und Versorgungsbezügen der Beamten ein rechnerischer Anteil für eine eigene Vorsorge für den Fall der Krankheit, der Geburt und des Todes enthalten ist, und wenn ja, wie hoch ist dieser Anteil in den unterschiedlichen Besoldungsgruppen bei Beamten, die keine Eigenvorsorge treffen, bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen versichert sind oder als freiwillige Mitglieder in der Solidargemeinschaft der gesetzlichen Krankenversicherung verblieben sind?

47. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Trifft es zu, daß privat krankenversicherte Beamte an Leistungen aus ihrer Versicherung und an Beihilfe zusammen oft Beträge erhalten, die die tatsächlichen Krankheitskosten übersteigen, daß ähnliche Ergebnisse von in der GKV versicherten Beamten aber nur dadurch herbeigeführt werden können, daß letztere sogenannte Wahlleistungen (Zweibettzimmer) in Anspruch nehmen, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Regelungen?

48. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welche Auswirkungen auf die Höhe der Beihilfepauschale in Sterbefällen hat die Zahlung eines 1 500 DM übersteigenden Betrags, wenn dieser einerseits als Sterbegeld der GKV und andererseits als entsprechende Leistung eines privaten Versicherungsunternehmens oder einer Sterbegeldkasse gezahlt wird, und wie wird eine eventuelle unterschiedliche Behandlung gerechtfertigt?

49. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung die Mehraufwendungen wegen erhöhten Verwaltungsaufwands bei einer Regelung, bei der sich der Beihilfebemessungssatz nach dem Zeitpunkt des Entstehens der Aufwendungen, statt wie jetzt, nach dem Zeitpunkt der Antragstellung richten würde und andererseits die Minderausgaben für die jetzt geltende Regelung nachteilig ist?

50. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die im Interesse einer wirksamen Risikoeingrenzung bei Umweltchemikalien dringend gebotenen guten Kooperation zwischen Umweltbundesamt und chemischer Industrie dadurch belastet, daß gerade der leitende Beamte des Fachgebiets „Chemische Industrie" des Umweltbundesamts einer der beiden Autoren des von der Fachwelt als von vielen Zerrbildern und Verfälschungen geprägt und tendenziös bezeichneten Buchs „Seveso ist überall" ist?

51. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Gibt es eine Richtlinie, die das gesamte Gebiet der radioökologischen Umgebungsüberwachung von Kernkraftwerken abdeckt, und falls nein, bis wann wird der Bundesinnenminister sie erlassen?

52. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

In welchen Bereichen und in wieviel Fällen hat der Bundesbeauftragte für den Datenschutz beobachtet, daß die Generalklauseln des Bundesdatenschutzgesetzes, wie er in seinem ersten Tätigkeitsbericht feststellt, von den an extensiver Informationsverarbeitung interessierten Stellen jeweils in ihrem Sinn trotz Vorhaltungen durch die Datenschutzinstanzen extensiv interpretiert werden, und läßt sich abschätzen, wie groß die Zahl der dabei betroffenen Bürger ist?

53. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welche Ergebnisse der im November 1978 vom Bundesinnenminister eingeleiteten Erhebung über die Auskunftsbegehren gemäß § 13 des Bundesdatenschutzgesetzes an Bundesbehörden, betreffend Anfrage Nr. 14 in Drucksache 8/2315, liegen inzwischen vor, und läßt sich ungefähr angeben, welche Verwaltungskosten durch die Auskünfte entstanden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

54. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die oft erheblichen wirtschaftlichen Nachteile der Entziehung der Fahrerlaubnis in Härtefällen (etwa bei Berufskraftfahrern usw.) abzumildern, und hält die Bundesregierung die Einführung von Bewährungsfristen, vergleichbar einer Bewährungsfrist bei der Verhängung von Haftstrafen, in diesen Fällen für angebracht?

55. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Wie viele Kinder wurden nach Erkenntnissen der Bundesregierung in den vergangenen Jahren von ihren eigenen Eltern bzw. anderen erziehungsberechtigten Personen zu Tode geprügelt oder schwer körperlich verletzt, und was gedenkt die Bundesregierung, nicht zuletzt auch im Hinblick auf das Jahr des Kindes, zu tun, um einen verbesserten Schutz von Kindern gegenüber derartigen Gewaltanwendungen zu erreichen?

56. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Hat der Bundesjustizminister bei seinen Gesprächen mit dem sowjetrussischen Justizminister Terebilow in Bonn auch die Frage der Verletzung bzw. Beachtung der UN-Menschenrechtspakte durch die sowjetrussischen Behörden zur Sprache gebracht, und gegebenenfalls mit welchem Ergebnis?

57. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß den Justizwachtmeistern der Landesjustizverwaltungen insbesondere durch Übertragung des Vorführdienstes, der früher von Justizvollzugs- und Polizeivollzugsbeamten des mittleren Dienstes wahrgenommen wurde, schwergewichtig Aufgaben des mittleren Dienstes zugewachsen sind, ohne daß sich für diese Beamten ausbildungs-, besoldungs- oder gar laufbahnmäßig etwas geändert hat?

58. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Ist die Bundesregierung angesichts der zugewachsenen Aufgaben und des dadurch wesentlich geänderten Berufsbilds des Justizwachtmeisters, sowie im Hinblick auf die erhöhten Berufsgefahren bereit, im Rahmen ihrer Kompetenz auf dem Gebiet der Besoldungsvereinheitlichung den Ländern die bundeseinheitliche Übernahme der Justizwachtmeister in den mittleren Dienst oder aber die Schaffung einer Sonderlaufbahn oder wenigstens die Anhebung der bereits bestehenden Amtszulage zu empfehlen, sowie die Zahlung einer im Polizeivollzugsdienst üblichen Gefahrenzulage vorzuschlagen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

59. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Ist ein Transfer entsprechend der Sperrguthabenvereinbarung vom 25. April 1974 nur möglich, wenn die Einkünfte des Kontoinhabers vorwiegend aus Bezügen aus einer Altersversorgung, aus Gründen der Invalidität und/oder aus der Sozialhilfe bestehen oder auch dann, wenn es sich um besondere Härtefälle oder Arbeitslose handelt?

60. Abgeordnete **Frau Berger (Beriin)** (CDU/CSU)

Falls nein, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die zuletzt genannten Personen zu berücksichtigen?

61. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Wieviel Mittel sind aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung bisher in die Bundesrepublik Deutschland geflossen?

62. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß das Zonenrandgebiet von diesen europäischen Hilfen deshalb keinerlei Vorteil hat, weil sie vom Bundesfinanzministerium vereinnahmt und nicht wieder für die Regionalförderung zur Verfügung gestellt werden?

63. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Hat die Bundesregierung die Absicht, zur Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer das von vielen Fachleuten empfohlene Plakettenverfahren einzuführen?

64. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Wenn ja, in welcher Form und mit welcher Stufeneinteilung der Wagenklassen könnte dies geschehen, und wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?

65. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Beträge schätzungsweise seither jährlich von den Finanzämtern für die Mahnungen an die rund 700 000 Kraftfahrzeughalter, die mit ihrer Zahlung in Verzug sind, aufgewendet werden müssen?

66. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß es mit dem Grundsatz der steuerlichen Gleichbehandlung zu vereinbaren ist, daß gemeinnützige Vereine mit ihren wirtschaftlichen Tätigkeiten im Rahmen steuerunschädlicher Zweckbetriebe unterschiedlich besteuert werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

67. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß zur Wiederherstellung der steuerlichen Gleichbehandlung von gemeinnützigen Vereinen die entsprechenden gesetzlichen Regelungen demnächst zu novellieren sind?

68. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Versicherungswirtschaft, daß sich die Aufsichtsbehörde Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) mehr und mehr als ein Instrument des Verbraucherschutzes versteht und damit die fachlichen Belange der Versicherer vernachlässigt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

69. Abgeordneter **Höpfinger** (CDU/CSU)

Ist das Verhältnis zwischen Versicherungswirtschaft und Bundesaufsichtsamt auch nach Auffassung der Bundesregierung gespannt, und wenn ja, was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

70. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Welche Förderungsmaßnahmen hält die Bundesregierung für notwendig und wird sie gegebenenfalls einleiten, um eine weitere Schwächung des Bergischen Lands zu verhindern, dies insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, daß, wenn man den Industrieumsatz der drei Städte Wuppertal, Solingen und Remscheid im Jahr 1970 jeweils = 100 setzt, die Indexzahlen für 1977 für Wuppertal 132, für Solingen 133 bzw. für Remscheid 135 lauten, wohingegen die Vergleichszahlen auf Nordrhein-Westfalen bzw. das Bundesgebiet bezogen 154 bzw. 164 sind?

71. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, daß Rechnungen deutscher Unternehmen für Lieferungen in die Türkei wegen Einstellung des Devisentransfers der türkischen Zentralbank nicht beglichen werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

72. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)

Hat die Bundesregierung eine Übersicht über das Volumen dieser Forderungen deutscher Lieferanten, und was hat sie unternommen, bzw. wird sie unternehmen, den betroffenen deutschen Lieferanten zu helfen?

73. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, ein sogenannter Mitort zu einem Schwerpunkt der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) könne seine Aufgabe, als Industriegeländespender zu dienen, nur dann sinnvoll erfüllen, wenn Hauptort und Mitort in allen Fragen der Industrieansiedlung vertrauensvolle Zusammenarbeit vereinbart haben, und wenn ja, setzt sie sich dafür ein, daß dieser Auffassung Rechnung getragen wird?

74. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Ist eine solche Zusammenarbeit zwischen Hauptort und Mitort nach dem Wissen der Bundesregierung in allen Bundesländern gewährleistet, oder treffen Informationen zu, daß z. B. in Baden-Württemberg oder in Bayern auf solche Kooperation zwischen Hauptorten und Mitorten wenig Wert gelegt wird?

75. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Wird die Bundesregierung im Planungsausschuß dafür eintreten, daß Vereinbarungen über die Kooperation zur Voraussetzung für die Aufnahme eines Mitorts in den Rahmenplan gemacht wird?

76. Abgeordneter **Simpfendörfer** (SPD)

Wird die Bundesregierung darauf dringen, daß Satteldorf erst dann als Mitort zu Crailsheim in den Rahmenplan aufgenommen wird, wenn beide Gemeinden Vereinbarungen über ihre Zusammenarbeit getroffen haben?

77. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Ausgabenreste bei der Gemeinschafsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für das Bundesland Hessen zur Zeit 145 v. H. betragen, und welche Ausgabenreste haben in den Jahren 1975 bis 1978 bestanden?

78. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Sind Maßnahmen oder Auflagen des Bundes für diese Ausgabenreste ursächlich, oder liegen die Gründe hierfür im Bereich des Bundeslands Hessen, und um welche Gründe handelt es sich nach dem derzeitigen Erkenntnisstand der Bundesregierung hierbei?

79. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Welche Gründe hat die Bundesregierung, Unternehmensberatungen im Bereich des Handwerks überwiegend nicht fallweise sonder quasiinstitutionell zu fördern, und beabsichtigt sie, diese Art der Förderung auch auf andere Wirtschaftszweige auszudehnen?

80. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Wie läßt sich nach Ansicht der Bundesregierung die Aussage, „spezifische Kenndaten werden nicht gefördert" (Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Herbert W. Köhler vom 13. Dezember 1978), angesichts der Tatsache halten, daß nach der Richtlinie für die Förderung von Unternehmensberatungen im Bereich des Handels die Vermögens- und Finanzstruktur, die Liquidität, der Lagerumschlag, der Bruttoertrag, die Personal- und/oder Raumumsatzleistung, die Betriebskosten und das Betriebsergebnis erfaßt und mit spezifischen Vergleichszahlen des Instituts für Handelsforschung der Universität Köln verglichen werden müssen?

81. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung in von-Hundert-Sätzen darüber Aufschluß geben, wie hoch der Anteil der von subventionierten Unternehmensberatungen erfaßten Betriebe an der Gesamtanzahl der Unternehmen in jeder Branche ist und nach den vom 1. Januar 1979 an maßgebenden Jahresumsatzgrenzen sein wird?

82. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, welche Institutionen – außer dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Amt für gewerbliche Wirtschaft – Zugriff auf die gesammelten Daten haben, welche Rolle in diesem Zusammenhang die sogenannten Zuwendungsleitstellen (einschließlich des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft e. V.) spielen, und ob die Möglichkeit besteht, auf Grund der gesammelten Daten außerhalb des direkten Einflußbereichs des Staats eine private Datenkartei mit den damit verbundenen ordnungspolitischen Gefahren aufzubauen?

83. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Automobilclubs (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 4. Januar 1979), daß die Autohaftpflichtprämien billiger sein könnten, und warum hat die Bundesregierung gegebenenfalls nicht daraufhingewirkt, daß vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen die Obergrenze für die Anhebung der Prämien zum 1. Januar 1979 niedriger angesetzt wurde?

84. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Daten sind der Bundesregierung über die Personalkapazität des deutschen Steinkohlenbergbaus bekannt, trifft es insbesondere zu, daß die technische Kapazität weit über der personellen liegt, so daß die im Energieprogramm vorgesehene Förderkapazität von 94 Millionen t nicht dauerhaft erreicht werden kann, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung daraus gegebenenfalls ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

85. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Wie haben die deutschen Vertreter auf der Ratstagung der Welternährungsorganisation bei den auf das technische Kooperationsprogramm bezogenen Abstimmungen votiert, und wie ist mit welchem Ergebnis die Abstimmung mit dem Verhalten der USA erfolgt?

86. Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)** (FDP)

Was hat die Bundesregierung, die ja noch während der Winterkatastrophe in Schleswig-Holstein die Bürger zu privater Vorratshaltung aufgefordert hat, in den vergangenen Jahren getan, um die Bevölkerung auf Notwendigkeit und Nutzen eines solchen Vorrats hinzuweisen?

87. Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)** (FDP)

Welcher Lebensmittelvorrat sollte nach Ansicht der Bundesregierung in Privathaushalten vorhanden sein?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

88. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Welches sind nach Ansicht der Bundesregierung die Gründe für den starken Anstieg der Berufskrankheit „Lärmschwerhörigkeit und Lärmtaubheit" unter Berücksichtigung der Angaben im Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung (Drucksache 8/2328), nach denen im Jahr 1967 1 123 Fälle angezeigt wurden und im Jahr 1977 20 592 Fälle, und welche Folgerungen zieht sie aus dieser Auffassung?

89. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Gelten die Unfallverhütungsvorschriften „Lärm" – Lärm ab 90 db (A) – auch für Beschäftigte und Besucher in Diskotheken, und wenn nein, sind entsprechende Schutzvorschriften auch für diesen Personenkreis beabsichtigt?

90. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, bei wieviel der über zwei Millionen angezeigten Unfälle (Arbeitsunfälle und Wegeunfälle) und Berufskrankheiten der Arbeitsunfall bzw. Wegeunfall auf Alkoholeinfluß zurückzuführen war?

91. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, ob entsprechend einer Veröffentlichung in der Kreisausgabe Neuss der „Düsseldorfer Nachrichten" vom 13. Januar 1979 z. B. im Kreis Neuss zahlreiche Gastarbeiter aus Staaten des Warschauer Pakts, darunter 888 polnische Staatsbürger, tätig sind, und nach welchen zwischenstaatlichen Vereinbarungen richtet sich gegebenenfalls die Beschäftigung dieser Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland?

92. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß die mit dem Einsatz der aus den genannten Staaten kommenden Gastarbeiter betrauten Landes- und Bundesbehörden gehalten sind, die mit dem Einsatz dieser Arbeitnehmer zusammenhängenden Fragen ausschließlich als „vertraulich" zu behandeln?

93. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Wie groß ist gegebenenfalls die Zahl der aus Staaten des Warschauer Pakts in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer insgesamt, welche Zielsetzung wird damit verfolgt, und ist gegebenenfalls sichergestellt, daß sie nicht in sicherheitsempfindlichen Bereichen eingesetzt werden?

94. Abgeordneter **Wimmer (Mönchengladbach)** (CDU/CSU)

Durch welche deutschen Dienststellen wird gegebenenfalls die Anwerbung dieser Arbeitnehmer betrieben, und erfolgt die Anwerbung entsprechend der jeweiligen Arbeitsmarktlage?

95. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande und Luxemburg die drei einzigen Staaten sind, die nicht gemäß den Richtlinien des Rats der EG die 30Monatefrist zur Abgabe ihres Berichts an die EG über die nationalen Rechtsvorschriften, die den Frauen den gleichen Zugang zu Beschäftigungen, Berufsausbildung, beruflichem Aufstieg und gleiche Arbeitsbedingungen gewähren wie den Männern, eingehalten haben, und wann gedenkt die Bundesregierung dies zu tun?

96. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Kommission fast keine Frauen in hohe Positionen einstellt (in fünf Jahren eine Direktorin und keine Generaldirektorin), und daß selbst die für Frauenfragen zuständige Abteilung nur mit zwei Beamten besetzt ist, und sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, sich stärker für eine Gleichbehandlung einzusetzen?

97. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, mit der Tschechoslowakei ein deutsch-tschechoslowakisches Sozialversicherungsabkommen abzuschließen?

98. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu der Äußerung des Deutschen Caritasverbands, wonach der angebliche Bettenberg in den Krankenhäusern der Bundesrepublik Deutschland ein fundamentaler und teilweise von Interessen diktierter Rechenfehler sei?

99. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Trifft es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung zu, daß die 50 000 Betten in Akutkrankenhäusern bis 1985 nur eingespart werden könnten, wenn fast die gleiche Anzahl Pflegeheimbetten zum jetzigen Bestand hinzukämen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

100. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Plant die Bundesregierung eine Begrenzung und Pauschalierung von Überstunden bzw. deren Vergütung, und nimmt sie dabei Rücksicht auf kleinere Betriebe, die nicht zusätzlich Arbeitskräfte einstellen können?

101. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die im Künstlerbericht (Drucksache 7/3071, Seite 22) beklagten Nachweisschwierigkeiten der Künstler hinsichtlich der Anrechnung ihrer früheren Ausbildungszeiten für die Rentenberechnung zu beheben oder zu mildern?

102. Abgeordneter **Dr. Kreile** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Vorsorge getroffen, daß bei der Rentenberechnung für Künstler keine übertrieben hohen Anforderungen an den Nachweis früherer Ausbildungszeiten gestellt werden?

103. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wie ist der Stand der Diskussion innerhalb der Bundesregierung hinsichtlich einer Änderung der Ladenschlußzeiten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

104. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Werden — entgegen den Feststellungen des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesverteidigungsminister vom 14. Dezember 1978 — im letzten Quartal des jeweiligen Haushaltsjahrs immer wieder Rahmenverträge (z. B. Serieneinleitungs- und Materialteilbeschaffungsverträge) für Waffensysteme, Projekte und Geräte abgeschlossen, damit die formellen Voraussetzungen vorliegen, um durch Vorauszahlungen in Millionenhöhe die im Haushaltsplan ausgewiesenen Beschaffungsmittel abfließen zu lassen?

105. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Trifft es gegebenenfalls zu, daß dieses Verfahren selbst dann praktiziert wird, wenn die Industrie an einer Vorauszahlung nicht interessiert ist, weil ihr z. B. aus ähnlichen Verträgen bereits ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen?

106. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß diese Vertragspraxis besonders häufig im Rahmen der Beschaffung von Luftfahrzeugen und Luftfahrzeugausrüstung zur Anwendung kommt?

107. Abgeordneter **Weiskirch (Olpe)** (CDU/CSU)

Wieviel Rahmenverträge der hier beschriebenen Art sind im vierten Quartal der Jahre 1976, 1977, 1978 abgeschlossen worden, und in welcher Höhe wurden Vorauszahlungen für diese Verträge im November/Dezember der o. a. Haushaltsjahre bzw. Anfang des jeweiligen Folgejahrs zu Lasten des Vorjahrs geleistet?

108. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß mit der eventuellen Weiterleitung von Informationen aus überwachtem Schriftverkehr an den Verfassungsschutz bzw. den MAD ein Verstoß gegen § 3 Abs. 2 des sogenannten G 10-Gesetzes vorliegt, nach welchem die bei der Postüberwachung gewonnenen Erkenntnisse „nicht zum Nachteil von Personen verwendet werden" dürfen?

109. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

In welchem Ausmaß trifft es zu, daß täglich säckeweise Post aus Staaten Osteuropas von Beamten des BND geöffnet, gelesen und Informationen daraus registriert sowie teilweise dem Verfassungsschutz sowie dem MAD zugeleitet werden, wie der „Stern" am 16. November 1978 berichtet hat?

110. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, den Verband der Reservisten der deutschen Bundeswehr e. V. zu höheren Mitgliedsbeiträgen zu bewegen, damit das Verhältnis der Eigenleistungen zu den Zuwendungen aus Steuermitteln von 1978 1,1 Millionen DM zu 13,8 Millionen DM in Richtung einer höheren Eigenleistung verändert wird?

111. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

In welcher Auflage und mit welchen Kosten hat das Bundesverteidigungsministerium das Faltblatt „Geschäftspartner Bundeswehr" produziert?

112. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Welche Absicht verfolgt das Bundesverteidigungsministerium mit der Herausgabe dieser „Denkschrift"?

113. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in der jüngsten Vergangenheit in zunehmendem Umfang leistungsfähige mittelständische Betriebe keine Aufträge im Bereich der Motoreninstandsetzung durch die Bundeswehr erhalten, und welche Gründe zutreffendenfalls hierfür maßgeblich sind, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, hier wiederum eine Veränderung in der Vergabeweise herbeizuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

114. Abgeordneter **Paintner** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Lehrstühle es in der Bundesrepublik Deutschland gibt, an denen über die Behandlung Strahlenkranker gelehrt wird, und auf welche Weise im Bundesgebiet für die Ausbildung der Fachärzte zur Untersuchung strahlengeschädigter Personen laut Strahlenschutzverordnung gesorgt wird?

115. Abgeordneter **Dr. Arnold** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß der Personalmangel im öffentlichen Gesundheitsdienst der Bundesrepublik Deutschland (in den Gesundheitsämtern soll fast jede dritte Arztstelle unbesetzt sein) so gravierend ist, daß eine Reihe wichtiger Aufgaben nicht mehr erfüllt werden kann, und welche Maßnahmen können im Verantwortungsbereich des Bundes ergriffen werden, um möglichen Schaden für die Gesundheit der Bevölkerung abzuwenden?

116. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Sind politische Zielsetzungen der Bundesregierung durch von der Bundesregierung in Auftrag gegebene wissenschaftliche Untersuchungen des Deutschen Jugendinstituts bisher in Frage gestellt worden, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

117. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß es in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit 150 000 alkoholabhängige Jugendliche gibt, deren Zahl sich ständig vermehrt, wie die Presse meldet, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

118. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in der Lage, die zahlenmäßige Entwicklung dieses Problems für den Zeitraum der letzten zehn Jahre und das Verhältnis zu alkoholabhängigen Erwachsenen anzugeben?

119. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Wie weit ist die Vorbereitung eines Gesundheitssicherstellungsgesetzes, auf die in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 8. März 1978 verwiesen worden war, vorangeschritten, und ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß gerade auch angesichts der jüngsten Schneekatastrophe in Norddeutschland ein solcher Gesetzentwurf beschleunigt vorgelegt werden sollte?

120. Abgeordneter **Dr. Becker (Frankfurt)** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die gegenwärtige Impfschutzlage der Bevölkerung insbesondere der Kinder und Jugendlichen gegen Kinderlähmung für ausreichend an, und welche Möglichkeiten zur Verbesserung sind beabsichtigt?

121. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in letzter Zeit in großem Umfang Heroin aus der Türkei und dem Nahen Osten über einen Ost-Berliner Flughafen und die Sektorengrenze in die Bundesrepublik Deutschland gelangt, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, bei der DDR darauf hinzuwirken, daß die Rauschgifteinfuhren über Ost-Berlin zukünftig unterbunden werden?

122. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wird das Ergebnis der Untersuchungen des amerikanischen Instituts für vorgeburtliche Medizin in Hilton Head Irland/Süd-Carolina, wonach Raucherinnen und sogar frühere Raucherinnen ein erhöhtes Geburtsrisiko eingehen, durch die der Bundesregierung vorliegenden Erkenntnisse bestätigt?

123. Abgeordneter **Dr. Jentsch (Wiesbaden)** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie hoch die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche aus sozialer Indikation in den letzten Jahren ist, und welches die Gründe sind, die zu diesen Schwangerschaftsabbrüchen geführt haben?

124. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Gründe waren für den Bundesrechnungshof maßgebend, bei den Forschungsvorhaben des Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit für 1979 eine „schwerpunktmäßige Prüfung" anzusetzen, und welche Konsequenzen will die Bundesregierung daraus ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

125. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, der Forderung der Vereinigung Cockpit e. V. und des Verbands Deutscher Flugleiter e. V. zu folgen, ein grundsätzliches Sichtflugverbot in den von Verkehrsflugzeugen benutzten Luftstraßen auszusprechen?

126. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß angesichts der Erfahrungen mit der durch überfrierende Nässe hervorgerufenen katastrophalen Verkehrslage im Bundesgebiet am 8. Dezember 1978 das Führen von Spikesreifen für Einsatzfahrzeuge nach § 70 Abs. 4 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) auch für Kraftfahrzeuge des Krankentransports und des Unfallrettungsdienstes bei ähnlichen Witterungsverhältnissen erforderlich sein wird, und ist die Bundesregierung bereit, die Befreiungsvorschriften des § 70 Abs. 4 der StVZO umgehend auch auf Kraftfahrzeuge des Krankentransports und des Unfallrettungsdienstes auszudehnen?

127. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Entspricht es den Tatsachen, daß die Nebelwarnanlage an der Bundesautobahnstrecke Stuttgart-Heilbronn während des Jahrs 1979 stillgelegt ist, und — wenn ja — ist die Bundesregierung bereit, umgehend dafür zu sorgen, daß der Betrieb, notfalls provisorisch, wieder aufgenommen werden kann?

128. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesverkehrsminister bereit, unter Berücksichtigung des an ihn gerichteten Schreibens des Nautischen Vereins zu Emden vom 21. Dezember 1978 sich dafür einzusetzen, daß das Seeamt Emden erhalten bleibt?

129. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Trifft es zu, daß die Flughafen AG Frankfurt (FAG) zur Zeit Arbeiten für eine Startbahnverschiebung durchführt, durch die mehrere Kilometer Waldwege beseitigt werden, die erst kürzlich für einen Betrag von 350 000 DM ausgebaut wurden, und wird die Bundesregierung als Anteilseigner der FAG die Verantwortlichen für eventuelle Fehlplanungen zur Verantwortung ziehen?

130. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, nachdem der Kreis der Berechtigten für die Verwendung von Spikesreifen erweitert wurde, auch und vor allem auf Grund der Erfahrungen in diesem Winter, das Verbot erneut zu überprüfen, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß trotz des Verbots in erheblichem Maß Spurrillen entstanden sind, die auf Belastungen durch den Schwerlastverkehr zurückzuführen sind?

131. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Entspricht die Aufteilung der Mittel im Schwerpunktprogramm der Bundesregierung „Alternative Energien für den Straßenverkehr" in 65 v. H. Alkohole, 25 v. H. Wasserstoff und 10 v. H. Elektrizität und Hybride hinsichtlich der Größenordnungen einer Wertung der Bundesregierung über die Entwicklungsfähigkeit und den Entwicklungsstand der genannten Bereiche?

132. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung hinsichtlich der Elektrizität und der Hybride der Auffassung, daß diese Bereiche nicht besonders entwicklungsfähig sind und deswegen nicht intensiv gefördert zu werden verdienen?

133. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erfahrungsberichte über die medizinisch-psychologischen Untersuchungen bei den Technischen Überwachungsvereinen (TÜV) vor, und welche Folgerungen zieht sie daraus, falls sie die bisherige Praxis nicht für rechtens hält?

134. Abgeordneter **Kretkowski** (SPD)

Liegt der Bundesregierung ein Erfahrungsbericht über das Verhaltenstraining, das die Bundesanstalt für Straßenwesen als Modellversuch zur Schulung und Beratung von alkoholanfälligen Kraftfahrern durch den TÜV durchführt, vor, und sieht sie eine Möglichkeit, daß den Teilnehmern wenigstens ein Teil der Kosten (zur Zeit 560 DM) erstattet werden könnte?

135. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß mit der Einführung des integrierten Bedienungssystems der Deutschen Bundesbahn ab Sommerfahrplan 1979 nicht nur die Fremdenverkehrsräume Garmisch und Berchtesgaden durch Flügelzüge direkt an das Intercitynetz angeschlossen werden können, sondern daß darüber hinaus auch für den Allgäuer Raum mit Zielort Kempten – Oberstdorf ein solcher Flügelzug von Ulm oder Augsburg abzweigend als Direktverbindung für diesen ebenso wichtigen Fremdenverkehrsraum mit ca. 50 v. H. Bundesbahnfernreisende geschaffen werden muß?

136. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** (FDP)

Kann die Bundesregierung schon heute konkrete Angaben darüber machen, wie diese o. a. Absichten ab Sommerfahrplan verwirklicht werden?

137. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Warum hat die Bundesregierung den § 6 des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen, wonach in bestimmten Fällen (unvorhergesehener Verkehrsbedarf) Ausnahmen vom Bedarfsplan zugelassen sind, nicht für den Abschnitt Singen Richtung Schaffhausen der A 81 angewendet, für den auf den einzelnen Teilstrecken Prognoseverkehrsmengen von rund 20 000 bis 27 000 Kfz/24 h ermittelt wurden, sondern auf den Abschnitt Singen – Allensbach (West) der A 881, obwohl für diesen Bereich die wesentlich geringere Prognosebelastung von rund 17 000 Kfz/24 h ermittelt wurde?

138. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesautobahn A 81 Singen Richtung Schaffhausen in RQ 26 gebaut werden soll, und wie vereinbart sich dies bejahendenfalls mit dem Umstand, daß dieser Abschnitt eine Teilstrecke einer großen internationalen Verkehrsachse bildet, welche aus dem skandinavischen und norddeutschen Raum mit Anschluß über die Schweiz nach Italien führt?

139. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die zahlreichen Einsprüche und Beschwerden betroffener Bürger aus der kreisfreien Stadt Salzgitter und des Landkreises Wolfenbüttel gegen den geplanten Autobahnbau (A 39) im Bereich von Salzgitter-Lebenstedt, Salzgitter-Salder, Salzgitter-Bruchmachtersen, Salzgitter-Lichtenberg, Salzgitter-Osterlinde, Westerlinde und Wartjenstedt, wodurch nach übereinstimmender Auffassung der verschiedenen örtlichen Bürgerinitiativen und auch kommunaler Mandatsträger die Wohnqualität durch Lärmbeschallung erheblich verschlechtert, die Landschaft durch künstliche Dämme verschandelt, fruchtbares Ackerland unnötig verbraucht sowie Tier- und Pflanzenwelt, insbesondere auch im angrenzenden Naherholungs-Waldgebiet der Lichtenberge geschädigt werden würden?

140. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung wegen dieser Einsprüche und aus Kostengründen bereit, die geplante Linienführung der Autobahn A 39 im Bereich von Salzgitter-Lebenstedt, Salzgitter-Salder, Salgitter-B. usw. neu zu überdenken und der Bevölkerung auch darüber Aufklärung zu geben, warum nach ihrer Auffassung ein Autobahnausbau im bisherigen Bereich der Trassenführung nicht vorgenommen werden soll?

141. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Existieren Richtlinien für die Gewährung von Sonderurlaub bei der Deutschen Bundespost?

142. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Sonderurlaub für Arbeitnehmer der Deutschen Bundespost nach unterschiedlichen Kriterien gewährt worden ist?

143. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Nach welchen räumlichen Kriterien werden die Nahbereiche für das Fernsprechnetz abgegrenzt?

144. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit wird bei der Abgrenzung der Nahbereiche berücksichtigt, daß, wie z. B. im Fall der Gemeinde Puderbach (Westerwald), angrenzende Orte eingeschlossen werden, die für die Bürger aus wirtschaftlichen oder kommunalen Gründen wichtige Bezugsräume darstellen, während zu anderen Räumen kaum Kontakt besteht?

145. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß – wie in einem Leserbrief an die FAZ vom 13. Januar 1979 mitgeteilt – bei Einführung des Telefonzeittakts nur in Ausnahmefällen für die erste Gesprächseinheit acht Minuten lang telefoniert werden kann, und bejahendenfalls, wie rechtfertigt es die Bundesregierung, daß sie hierüber die Öffentlichkeit bisher nicht unterrichtet hat, vielmehr die Deutsche Bundespost sogar eine irreführende Werbung betreibt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

146. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Inwieweit sind nach den Feststellungen der Bundesregierung die älteren, insbesondere unter der Geltung des Ersten Wohnungsbaugesetzes bis etwa 1956 gebauten, Sozialwohnungen überhaupt noch als „Wohnungsreserven" für die „wirklichen Problemgruppen" geeignet?

147. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß diese Wohnungen weitgehend infolge der gestiegenen Wohnansprüche diese Bedeutung eingebüßt haben, weil sie wegen ihres geringen Komforts und der unzureichenden Wohnungsgrundrisse für die Versorgung kinderreicher Familien nicht infrage kommen und zunehmend auch von Rentnern und älteren Personen immer weniger angenommen werden?

148. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung die Konsequenzen aus den Bemerkungen des Bundesrechnungshofs ziehen und das Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau als überflüssig auflösen und die Raumordnung einem anderen Bundesministerium angliedern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

149. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu der Tatsache ein, daß die immer noch teilweise sehr mühsam aufrechterhaltenen menschlichen Kontakte zwischen Bundesbürgern und Bürgern osteuropäischer Staaten durch die Durchführung von Brief- und Telephonkontrollen schwerwiegend gefährdet werden könnten?

150. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung belastende und schikanöse Begleiterscheinungen der DDR-Kontrollen – z. B. am Grenzübergang Coburg-Eisfeld – bekannt, und was gedenkt sie gegebenenfalls im Interesse der Reisenden und angesichts der enorm hohen Abgaben und Gebühren, die die Bundesrepublik Deutschland im Vollzug des Grundvertrags mit der DDR, des Verkehrsvertrags mit der DDR und der weiteren Abkommen über den innerdeutschen Verkehr an die DDR zu leisten hat, dagegen zu unternehmen, wenn schon nicht entsprechend dem Verkehrsvertrag die dort vorgesehene größtmögliche Erleichterung des Verkehrs seitens der DDR praktiziert wird?

151. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Ausführungen des SED-Politbüromigliedes Kurt Hager, daß es eine sogenannte deutsche Frage in Wirklichkeit nicht gebe und daß „an bundesdeutschen Kaminen viel vom Offenhalten der deutschen Frage phantasiert werde“, wobei er die Frage stellte, ob man es hier bereits mit der „Ankündigung neuer aggressiver Pläne des deutschen Imperialismus gegen den Frieden in Europa“ zu tun habe, und was hat die Bundesregierung in der Öffentlichkeit zur Richtigstellung dieser Behauptungen getan?

152. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß es zu den „nur mündlich fixierten Vertragsabsprachen“ in der „Grauzone im Transitabkommen“ (Spiegel vom 1. Januar 1979) gehört, „daß Deserteure der NVA unabhängig von einem Mißbrauch der Transitwege jederzeit verhaftet werden können“, und wenn ja, was hat die Bundesregierung in Ausübung ihrer Schutz- und Informationspflicht getan, deutsche Staatsangehörige, die eine Besuchsreise in die DDR antreten, hierauf – z. B. durch ein Merkblatt – aufmerksam zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

153. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es beim Versuchsreaktor Schneller Brüter KNK II im Kernforschungszentrum Karlsruhe zu schwerwiegenden Störungen durch Blasenbildung und dadurch bedingte unkontrollierbare Veränderungen der Kritikalität gekommen ist, und daß es bisher nicht möglich war, die Mängel abzustellen, weil die Ursachen nicht ermittelt werden konnten?

154. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Falls der Bundesregierung diese Vorkommnisse nicht bekannt sind, wie beurteilt sie dann die Tatsache, daß eine Information der zuständigen staatlichen Stellen seitens des Vorstands des Kernforschungszentrums Karlsruhe nicht erfolgt ist?

155. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Wäre der Weiterbau des Schnellen Brüters SNR 300 in Kalkar nicht anders zu bewerten gewesen, wenn rechtzeitig bekannt geworden wäre, welche Risiken und Schwierigkeiten bereits bei der Entwicklung des Versuchsreaktors in Karlsruhe aufgetreten sind, und ist die Bundesregierung bereit, nunmehr erst einmal darauf hinzuwirken, daß der Schnelle Brüter KNK II auf eine volle störungsfreie Leistung weiterentwickelt wird, bevor weitere Investitionen in die großtechnische Versuchsanlage Kalkar erfolgen?

156. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wieviel Ein- und Zweifamilienhäuser in der Bundesrepublik Deutschland bis 1978 mit Solarenergieanlagen ausgerüstet worden sind, und welche Bedeutung hierfür die staatliche Förderung der Solarenergie gehabt hat?

157. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Ist dem Bundesminister für Forschung und Technologie bekannt, warum in Österreich in bezug auf die Bevölkerungszahl erheblich mehr Häuser mit Solarenergieanlagen ausgerüstet worden sind als in der Bundesrepublik Deutschland, obwohl gerade in Österreich kaum eine staatliche Förderung der Solarenergie vorhanden ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

158. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Welche Mittel hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie seit 1973 für die Forschung und Entwicklung im Bereich der Solarenergie aufgewendet?

159. Abgeordneter **Dr. Riesenhuber** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, warum im Bereich der Solarenergienutzung in der Bundesrepublik Deutschland vor allem diejenigen Firmen große Absatzerfolge bisher hatten, die gar keine oder nur geringfügige staatliche Forschungsgelder für die Solarenergie erhielten, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

160. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Warum ist im Kernforschungszentrum Karlsruhe noch eine Brüter-Wiederaufarbeitungsanlage (Milli II) im Labormaßstab notwendig, und wie hoch werden die Kosten sein?

161. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Welche staatlichen Förderungsmaßnahmen für die Forschungsförderung kleiner und mittlerer Unternehmungen gibt es nach dem Stand vom Januar 1979, und wie gestalten sich die Vergünstigungen des Staats im Hinblick auf den Höchstsatz pro Jahr?

162. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Von welchen Beurteilungskriterien geht die Bundesregierung bei der Abgrenzung des Begriffs kleiner und mittlerer Unternehmen im Bereich der Förderungsmaßnahmen für Forschung und Entwicklung aus, und wie erklären sich die Abweichungen bei der Förderung in anderen Bereichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

163. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob deutsche Hauptschulabschlüsse jugoslawischer Jugendlicher in ihrem Heimatland nicht anerkannt werden, weil in Jugoslawien eine 10jährige Schulpflicht besteht, sodaß nur Jugendliche, die nachweislich mindestens zehn Jahre ihre Muttersprache hier in der Bundesrepublik Deutschland erlernt haben, also die Fachoberschulreife nach erfolgreichem Besuch des freiwilligen zehnten Schuljahrs in einer deutschen Regelklasse erlangt haben, einen von jugoslawischen Behörden anerkannten Abschluß erreichen (sofern die Schüler in dieser Zeit am muttersprachlichen Unterricht teilgenommen haben), die Masse der jugoslawischen Schüler mit Hauptschulabschluß aber nicht?

164. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Sieht die Bundesregierung gegebenenfalls eine Möglichkeit, im Einvernehmen mit Jugoslawien zu einer Regelung zu kommen, die die Anerkennung des deutschen Hauptschulabschlusses solcher Schüler durch jugoslawische Behörden ermöglicht?

Bonn, den 19. Januar 1979